

Ende des Jahres hat auch die polnische Grenzbehörde eine Jahresbilanz veröffentlicht. Daraus ging hervor, dass die Zahl der Versuche »illegalen« Grenzübertretts von Belarus aus 2022 auf 15.100 zurückgegangen sei – gegenüber 40.000 im Jahre 2021, als die Spannungen an der polnisch-belarussischen Grenze zugenommen hatten. Im Dezember seien es 949 Asylsuchende gewesen, die versucht hätten, auf polnischem Boden EU-Gebiet zu betreten, gegenüber 1.698 im Dezember 2021. Das waren – die Meldung stammte vom 20. Dezember – durchschnittlich 45 Versuche am Tag gegenüber 57 im Dezember 2021, für den vollständige Zahlen vorlagen.

Was sich wie eine Erfolgsmeldung lesen sollte, dokumentierte also in Wahrheit, dass der im ersten Halbjahr 2022 im Rekordtempo hochgezogene Grenzzaun entlang der polnisch-belarussischen Grenze trotz Investitionen von etwa 1,5 Milliarden Zloty (rund 320 Millionen Euro) seinen offiziellen Daseinszweck nur bedingt erfüllt: die Migration über die grüne Grenze zu verhindern. Der Grenzzaun zieht sich inzwischen über 187 Kilometer, er besteht aus 5,5 Meter hohen Stahlgittern, die mit NATO-Stacheldraht gekrönt sind. Auf knapp 130 Kilometern davon hat die polnische Seite inzwischen auch elektronische Überwachungssysteme installiert, deren Drucksensoren angeblich sogar zwischen Tieren und Menschen unterscheiden können.

Brüche und Schnittwunden

Die Menschen hält das nicht ab. Nach einem Bericht der Regionalausgabe der *Gazeta Wyborcza* aus Białystok von dieser Woche werden täglich im Krankenhaus der Kleinstadt Hajnowka Menschen mit Brüchen und Verrenkungen an Händen und Füßen eingeliefert, die sie sich bei dem Versuch zugezogen hätten, den Grenzzaun zu überklettern. Von Schnittverletzungen vom Stacheldraht ganz zu schweigen. Die Zeitung brachte das Beispiel eines 26-jährigen Syrers, der in Hajnowka mit einem komplizierten Bruch des Sprunggelenks lag und nach knapp einer Woche am Donnerstag von der Grenzpolizei wieder abgeholt werden sollte – weit vor der Zeit, die nötig wäre, um eine Verletzung dieser Art ordentlich zu behandeln.

Wenn er noch halbwegs Glück hat, kommt er in ein Aufnahmezentrum, wo er geheimdienstlich durchleuchtet wird, bevor er einen Asylantrag stellen kann. Die Zustände in diesen



Polnischer Grenzsoldat neben einem Zeltcamp von Geflüchteten auf belarussischer Seite (Januar 2022)

Tote im Wald

Stacheldraht und kilometerlanger Zaun: Noch immer versuchen Tausende Asylsuchende, Grenze zwischen Polen und Belarus zu überwinden. Von Reinhard Lauterbach, Poznan

Lagern hat 2022 die polnische Sektion von Amnesty International beschrieben: In acht Quadratmeter großen Räumen würden bis zu 24 Personen festgehalten – das ist weit weniger Fläche, als selbst die polnischen Bestimmungen mit zwei Quadratmetern pro Person vorschreiben. Der Europarat empfiehlt selbst für Strafgefangene vier Quadratmeter pro Person, was in Polen auch nicht eingehalten wird. Das einzige Verbrechen der Asylsuchenden: am falschen Ort zu sein.

Bei jeder Gelegenheit veranstalten die Bewachenden laut Amnesty schikanöse Leibesvisitationen der Internierten, es sei vorgekommen, dass sie neu eintreffende Geflohene mit den Worten »Willkommen in Guantanamo« begrüßt hätten. Der Kontakt der Internierten mit der Außenwelt – ob Ärzten oder Anwälten – werde systematisch erschwert, hieß es in dem Bericht weiter. Hinzu kämen unerträgliche Rahmenbedingungen

wie ständiger Lärm von Militärfahrzeugen, weil das Aufnahmezentrum sich auf einem Kasernengelände befindet. Dies sei geeignet, Menschen, die ohnehin bereits von den Kriegen in ihren Heimatländern traumatisiert seien, weiter psychisch zu schädigen. Aus einem anderen Lager wurde Amnesty zugetragen, dass das Wachpersonal die Internierten mit Nummern statt mit Namen angesprochen und sie für elementare Bitten wie der um ein Handtuch mit mehrtägiger Isolationshaft »bestraft« habe.

Illegale Pushbacks Alltag

Die Alternative für den Syrer mit dem gebrochenen Sprunggelenk aus Hajnowka ist, dass ihn die Grenzwaache wieder über die Grenze abschiebt. Diese Pushbacks sind zwar illegal, wie nicht nur der Europäische Gerichtshof mehrfach entschieden hat, sondern auch polnische Gerichte. Aber praktiziert werden sie

trotzdem. Hilfsorganisationen haben Mühe, halbwegs die Übersicht zu behalten. Die »Grupa Granica« (Grenzgruppe), ein Zusammenschluss von Ehrenamtlichen, die seit dem Beginn der Krise im Sommer 2021 bemüht sind, den Menschen humanitär zu helfen, sprach in ihrem Jahresbericht für 2022 von mindestens 30 Fällen, in denen diese Abschiebungen für die Opfer tödlich geendet hätten; allein in der ersten Januarhälfte meldeten Helfer den Tod von vier weiteren Menschen. Ein im Dezember im Grenzgebiet identifizierter 66-jähriger Syrer habe einen Ausweisungsbefehl aus Polen in der Tasche gehabt. Die Sprecherin der polnischen Grenzbehörde bestätigte gegenüber der *Wyborcza* den Fall: Der Mann habe erklärt, dass er eigentlich nach Deutschland wollte. Anlass genug, ihn in den Wald und Sumpf zwischen Polen und Belarus abzuschleppen. Sicherung der EU-Außengrenze eben.

■ Dokumentiert Sumpf, Fluss, Frost

■ Im folgenden dokumentiert *junge Welt* den Bericht eines jemenitischen Asylsuchenden, der im Januar vom polnischen Portal *Oko.Press* veröffentlicht wurde.

»Es war schwieriges winterliches Wetter, als wir uns aufmachten. Wir waren zu zehnt, zogen etwa fünf Stunden lang durch die Sümpfe, in denen wir bis zu einem Meter tief einsanken. Den belarussischen Grenzzaun erreichten wir kurz nach Mitternacht. Es war nicht unser erster Versuch, also krochen wir unter dem Zaun hindurch, was kein besonderes Problem war. Wir mussten nur sehr leise sein, damit die belarussischen Grenzer uns nicht entdeckten. Im Gelände zwischen den Zäunen beider Seiten hielten wir uns wegen der Kälte und aufgrund des für den folgenden Tag angekündigten Schneefalls nicht länger auf, sondern gingen gleich weiter.

Weil der polnische Grenzzaun so hoch und mit Stacheldraht ausgestattet ist, entschieden wir, die Grenze durch einen Fluss zu überqueren. Das Wasser war eisig, kurz vor dem Gefrieren, es herrschte eine starke Strömung, und der Grund war schlammig. Wir drohten mehrfach stecken zu bleiben, aber nach vier Stunden gelang es einigen von uns, das polnische Ufer zu erreichen: Ich und drei andere hatten es geschafft, aber die sechs anderen waren im Fluss steckengeblieben und kämpften um ihr Überleben. Wir mussten also noch einmal zurück, um sie da herauszuholen.

Einer von uns war in sehr kritischem Zustand, er hatte sich an dem Stacheldraht die Füße verletzt. Wir trugen ihn ans Ufer, und er blutete. Ich und noch ein anderer gingen weiter ins Land, die übrigen acht blieben am Ufer zurück. Wir trafen auf polnische Soldaten und baten sie um Hilfe, aber sie reagierten nicht. Zwei Stunden später brachten sie uns ins Niemandsland zurück, ohne dem Verletzten geholfen zu haben.«

■ Übersetzung: Reinhard Lauterbach

Helfer und Hetzer

Polnisch-belarussisches Grenzgebiet: Bewohner in ihrer Haltung zu Schutzsuchenden gespalten

Nachdem immer mehr Asylsuchende, über Belarus kommend, versuchten, die Grenze nach Polen zu überwinden, sperrte die polnische Seite Anfang September 2021 das Grenzgebiet für zehn Monate weitläufig ab. In einem sechs Kilometer tiefen Streifen war allen Personen, die dort nicht gemeldet waren, der Aufenthalt verboten. Pensionswirten war die Saison verhaselt, Hilfsorganisationen konnten nicht tun, was sie als ihre Aufgabe ansahen. Armee und Grenzbehörde bewachten einen offiziell erklärten Ausnahmezustand.

Der ist mit Wirkung zum 1. Juli 2022 wieder aufgehoben worden. Seitdem sind nur noch die ersten 200 Meter westlich des Grenzzauns Sperrzone. Das reicht, um zu verhindern, dass »illegalen Migranten« spontan oder organisiert

geholfen wird wie in den ersten Wochen im Spätsommer 2021. Aber Sozialwissenschaftler wie Przemyslaw Sadura und Sylwia Urbanska reisen seitdem regelmäßig in die abgelegenen Dörfer und versuchen, mit den Bewohnern zu reden.

Was nicht immer einfach ist. Die Regierungspropaganda hat einigen Erfolg dabei gehabt, die Bevölkerung misstrauisch gegenüber »welchen aus der Stadt« zu machen. Im zeitlichen Ablauf ergibt sich nach Angaben der beiden Autoren, dass die Zahl der aktiv Hilfsbereiten unter den Anwohnern stark zurückgegangen sei. Die auf dem Dorf ausgeprägte soziale Kontrolle mag dazu beitragen. Frauen fürchteten sich inzwischen vor Vergewaltigungen, Männer verriegelten – unüblich für die Region – abends die Haustüren und zählten allmorgendlich die Hühner. Auch wenn

nicht alle offen migrantenfeindlich auftraten – die meisten seien inzwischen gegenüber dem Schicksal der Asylsuchenden abgestumpft, schrieb Urbanska im Dezember auf dem Portal *Krytyka Polityczna*. Andere Sorgen wie die um preiswertes Brennholz hätten sich in den Vordergrund geschoben.

Auch wenn es sie immer noch gibt: die alte Frau, die Schutzsuchende in ihrer Scheune übernachteten oder eine Regenperiode abwarten lässt. Oder den Rentner namens Henryk, den genau die offizielle Willkommenskultur gegenüber den Geflohenen aus der Ukraine zur Solidarität mit den Geflohenen aus Belarus motiviert habe. Urbanska zitiert ihn mit den Worten: Gegenüber den Ukrainerinnen habe die Regierung doch gezeigt, dass man drei Millionen Menschen aufnehmen könne, wenn es

politisch gewollt sei. Bei ihnen in der Region habe sie dagegen ein Abschreckungsspektakel durchgezogen und mit ihren Militärfahrzeugen den Bauern die Äcker ruiniert.

Eine Pensionswirtin namens Magda sagte der Soziologin, der Widerspruch sei nicht mehr auszuhalten gewesen: zwei Sorten Geflohene im Dorf. Die einen im warmen Haus, deren Kindern einquartierte Soldaten Süßigkeiten schenkten, und andererseits die frierenden im Wald. Die Frau konnte zwar 2022 nicht über Einnahmeausfälle klagen, weil Soldaten, Grenzbeamte und Arbeiter, die den Grenzzaun bauten, ihr ein volles Haus beschert hätten. Aber wenn die Grenzbeamten sich abends betranken und sich gegenseitig ihrer »Härte« gegenüber den Geflohenen im Wald rühmten,

bekomme sie mehr über die Realität mit, als ihr lieb sei.

Immerhin: Es scheinen nicht alle Grenzbeamte auf dem Brutaltrip zu sein. Die Fluktuation ist offenbar hoch, die regionale Kommandantur schreibt ständig Stellen aus und verspricht – in der strukturschwachen Region nicht unwesentlich – ein stabiles Einkommen und »Dienst an der Gemeinschaft« mit Aufstiegschancen. In Einzelfällen, berichten Hilfsorganisationen, hätten sich schon Angehörige der Grenzbehörde im Stillen an sie gewandt mit der Frage, welche Konsequenzen es hätte, wenn sie Befehle verweigerten. Die Helfer verteilen dann eine Liste mit Argumenten und Hinweisen auf Urteile polnischer und internationaler Gerichte. Den Mut, sich darauf zu berufen, muss dann jeder selbst haben. Reinhard Lauterbach, Poznan